

werden die 6 getheilten Landtheile... abends 6 Uhr.

Ercheint täglich pünktlich... Sonntag und Montage ausnahmslos.

Schriftleitung und Druck-Verwaltung... Reichsgerichtsstraße 17; Reichsgerichtsgebäude; Markt 24.

Loose-Beitung.

Achtundvierzigster Jahrgang.

Nr. 301.

Salte, Mittwoch, den 1. Juli

1914.

Oesterreich und Serbien.

Die österreichisch-serbische Feindschaft, die jetzt in Serajewo so gravenvoll zum Ausdruck kam, ist recht jungen Datums. In den ersten Jahrzehnten serbischer Selbständigkeit war von einer gefährlichen Spannung niemals die Rede...

Drang zur Adria immer heftiger; ein Hafen an der Adria sollte die Serben in ihrem Handel und Verkehr unabhängig machen von den „Schwobst“.

Heimwärts — tot!

In der Stadt Metwisch sind alle Häuser schwarz besetzt, die Straßenzweigen sind umflort, und die Fahrzeuge und Dampfzüge zum Zeichen der Trauer die Fahnen auf halbmast.

die durch gegenseitige Beschimpfungen der serbenfreundlichen und antiserbischen Gruppen herbeigeführt wurden.

Feuilleton.

Die Dingselbsterfeier in Rinteln.

Unweit der Westfälischen Pforte, wo die Weser ihre glitzernden Wellen durch die Berge zwingt, ein paar Kilometer stromaufwärts, liegt still und friedlich das Städtchen Rinteln.

saftete sich. Dahin war alle Honoratiorenwürde, dahin der gemeinsame Schritt und die feste Gewandtheit. Es war, als hätte ein Fieber die Stadt ergriffen.

wie: Nieder mit den Mördern! Abzug Serbien! Nieder mit der Koalition! Der Varm bezieht etwa eine Viertelstunde an.

Das Blatt der ersten Rufen.

In Petersburg wird die juchzende Bluttat von der gesamten Redaktionspresse in eingehenden Artikeln mit Absehen beurteilt.

Kaiser Wilhelm

hat seine Ankunft in Wien für Freitag mittag angekündigt. Er bleibt nur einige Stunden in Wien, steigt in Schönbrunn ab und wohnt der Einsegnung in der Hofburgkapelle bei.

Der österreichische Botschafter von Spöngens-Matich

ins Neue Palais begeben. Mit dem fahrplanmäßigen Zuge 12 Uhr 48 Min. war der Botschafter am Bahnhof Wildpark eingetroffen.

Der Präsident des Reichstages Dr. Kaempf

hat unter dem 29. d. M. folgendes Beileidstelegramm an den österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Spöngens gerichtet: Tief erschüttert von der Nachricht über die furchtbare und verdrerbliche Missethat.

einst von seiner Heimat und seiner Liebe zu ihr schrieb: Ich weiß nicht, welche alte kindliche Sehnsucht mich immer nach diesem Fleckchen Erde zieht, wo meine Erinnerungen begraben liegen.

Herbert Luckwald-Bielefeld.

zurzeit nicht verlesenen Deutschen Reichstags die Gesichte tiefsten Schmerzes und wärmster Anteilnahme aus, indem ich Euer Ergehen anheimstelle, diese Kundgebung zur Kenntnis Seiner Majestät des Kaisers Franz Josef bringen zu wollen. — Der Präsident des Herzoglichen Erzzellenz u. Weidels bei dem österreichisch-ungarischen Hofkammer in Berlin das Beileid des preussischen Verordnungsamtes anlässlich der Freisetzung in Serajewo telegraphisch zum Ausdruck gebracht. — Der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Graf von Scherwin-Schönlank hat an den österreichisch-ungarischen Hofkammer Grafen Sgünnens-Maria's folgendes Telegramm gerichtet: „Tieferschüttert durch das entsetzliche Ereignis von Serajewo, dem Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin zum Opfer fielen, spreche ich namens des preussischen Abgeordnetenhauses Euer Erzzellenz das innigste Beileid zu dem schweren Verlust aus, den das Kaiserhaus und ganz Österreich erlitten haben. Ich bitte, dass auch Ihre hochverehrte Regierung den Ausdruck meiner aufrichtigsten Teilnahme übermitteln zu wollen.“

Die Attentäter.

Serajewo, 30. Juni.

Die beiden Attentäter verhalten sich anstandslos außerordentlich ruhig und zeigen nicht die geringste Reue. Sie scheinen sich vielmehr darüber zu freuen, das ihre ruchlose Tat gelungen ist. Auf die meisten Fragen verweigern sie die Antwort, leugnen aber nicht, die Bomben aus Belgrad gekommen zu haben, wie sie sagen, von zwei Kroatens. Einzig geistlich sei nunmehr ein, in Verbindung miteinander gehandelt zu haben. Ihre Verabredung sei darin gegangen, dass, falls dem einen der Anschlag misslinge, der andere das Wort sprechen müsse.

Im Zusammenhang mit der Verhängung des Standrechts hat der Regierungskommissar eine Bekanntmachung erlassen, wonach die Schließung der Geschäfte und Kaffeehäuser um 8 Uhr abends, um 10 Uhr abends und der Hausporte um 8 Uhr abends angeordnet und das Stehenbleiben auf der Straße verboten wird.

Wie das Blatt „Novinski“ meldet, ist der Präsident der serbisch-radikalen Oppositionellen Narodna, Athanasie Solc, verhaftet worden, als er aufstrebende Reden an die Bevölkerung hielt. — In Mostar veranstalteten Kroaten und Muselmanen eine Kundgebung, wobei sie Hochrufe auf den Kaiser ausbrachten und Rufe gegen die Serben ausstießen. Schwere Ausschreitungen ereigneten sich nicht. Nur einige Fensterbrüche wurden eingeworfen. Militär stellte die Ordnung wieder her. — In einigen Orten fanden antiserbische Kundgebungen statt, doch kam es nirgends zu ernstlichen Ausschreitungen.

Deutsches Reich.

Die Ansichten in Österreich-Ungarn über Kündigung oder Ergänzung des Handelsvertrages mit Deutschland. Eine Kommission der kaiserlich-südböhmischen Verwaltung hat den Beschluß gefaßt, bei der österreichisch-ungarischen Regierung und beim Abgeordnetenhause vorläufig zu werden, den Handelsvertrag mit Deutschland nicht zu ergänzen, sondern zu kündigen. Der Beschluß wurde mit den angeblichen Schädigungen begründet, die der Handelsvertrag der ungarischen Volkswirtschaft zufüge. Dieser Beschluß beweist, daß in den Interessentkreisen Österreich-Ungarns keine übereinstimmende Ansicht in Bezug auf die Frage der Kündigung oder Ergänzung des Handelsvertrages besteht. Denn beispielsweise hat sich der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein in Österreich und Ungarn nach eingehender Beratung dafür ausgesprochen, das die Kündigung des Vertrages nach Möglichkeit zu vermeiden wäre; eine Revision des Vertrages würde als vollkommen ausreichend angesehen. Die Vertretung der ungarischen Landwirtschaft hat sich in dem gleichen Sinne ausgesprochen. Sie begrüßte in einer Resolution die von der maßgebenden Stelle der deutschen Regierung ausgegangene Anregung, den Handelsvertrag ohne Kündigung zu verlängern, mit Freuden. Am Zeit zu gewinnen zu einer Verständigung über Wanderung von Einzelheiten, wurde vorgeschlagen, den Vertrag zunächst um ein Jahr zu verlängern. Die höchste Verwaltung der ungarischen Hauptstadt liegt also mit ihrer Forderung nach vollständiger Kündigung zunächst allein. Da bei der Verhandlung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins alle wirtschaftlichen Verbände Österreichs und Ungarns teilnahmen, ist man zu der Annahme berechtigt, daß auch die Kreise der Industrie mit einer Ergänzung des Vertrages ohne Kündigung einverstanden sind.

Waders Unterwerfung. Auf dem Verbandstage des badischen Wanderbundes in Emmendingen bei Freiburg im Breisgau hielt der „Wewe von Zähringen“, geistliche Rat Wader, eine Fehrede, an deren Schluß er eine auf die Entscheidung der Indozongregation bezügliche Erklärung abgab. Dieser lieh ihm noch keine Gelegenheit gegeben, sich zu dieser Frage irgendwie zu äußern. Die Zentrumspartei als solche und ihre Arbeit werde von der Entscheidung keineswegs getroffen. Es liege eine selbstverständliche Pflicht des Gehörten, daß er sich bei dem Heiligen Vater genehmigten Entscheidung der Indozongregation unterwerfe. Unbeschadet dieser Pflicht aber werde seine politische Arbeit und Stellung von der Entscheidung nicht beeinflusst. — Theodor Wader unterwirft sich.

Das Reichsgericht über den Generalparadon. Zu der vielumstrittenen Frage des Generalparadons des Wehrmännleins geht nunmehr auch das Reichsgericht Stellung genommen. Es handelt sich darum, ob jemand, der nachträglich sein Vermögen und sein Einkommen richtig angibt, von Nachbeteuerung und Strafe aus dann frei bleibt, wenn bereits ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet war. Die Entscheidung des Reichsgerichts, die am Sonnabend gefaßt worden ist, lautet folgendes: An sich verliert der Steuerpflichtige die Wohlthat des Generalparadons nach nicht durch die bloße Einleitung eines Strafverfahrens. Er kann auch danach noch seine Angaben berichtigen, so daß er Generalparadon erhält. Berichtigt er seine Angaben nur teilweise, so muß auch das Berichtigt werden bei Festsetzung der Strafe und der Nachbeteuerung. Anders jedoch, wenn die Hinterziehung bereits festgestellt war. Wenn dann hinterher der Steuerpflichtige die Feststellungen bestätigt, so gibt er nur zu, nicht an, und er kann dann nicht den Generalparadon für sich beanpruchen.

Die katholischen Orden in Hessen. In der Freitagssitzung der zweiten hessischen Kammer erfolgte nach festgesetzter Debatte die Abstimmung über die Regierungsvorlage betreffend die religiösen Orden und ordensähnlichen Kongregationen. Der grundlegende Antrag des Abg. Baer (natl.), die die englischen Franziskaner und bischöflichen Be-

ziehungsanstalten betreffenden Resolutionen des Gesetzentwurfes auszuschließen, wurde bis zur Beratung des Schulgesetzes abgesehen, ebenso auch Artikel 1 der Regierungsvorlage, wonach den weiblichen Unterrichtsorten die Aufnahme neuer Mitglieder gestattet werden soll, wenn ein Bedürfnis hierzu nachgewiesen wird. Dafür wurde ein Antrag des Abg. Kerell-Angeweiht (fortf. Vpt.) angenommen, wonach der Stand des Lehrers oder Lehrlings im Besonderen der übrigen bestehenden Unterrichtsanstalten auf der Höhe des Bestandes vom 1. April 1914 festgesetzt werden soll. Weiter wurde Absatz 2 des Gesetzes angenommen, wonach die Vorfrist auch auf die Privatnabenschulen Anwendung finden soll, in denen die Schwestern von der göttlichen Vorsehung unterrichtet. Weiter wurde dem Antrage zugestimmt, dem bestehenden Orden (Kapuzinerorden) Seienniederlassungen in Gensheim und Offenbach zu gestatten unter der gleichen Voraussetzung, das heißt mit Genehmigung des Ministers des Innern, die Niederlassung des Ordens der Benediktiner in Mainz zu gestatten. Ebenso wurde zugestimmt, daß unter Zustimmung der Landstände an den bischöflichen Knabenziehungsanstalten in Kleinmünchtern und Dreis als Lehrer, Leiter, Erzieher oder Angehörigen im Besonderen auch Personen angestellt werden, die nicht einem ausschließlich dem Unterricht sich widmenden Orden angehören. Das Gesetz im übrigen wurde nach der Fassung des Ausschusses angenommen. Eine Resolution Dr. Mann (natl.), wonach mit der Annahme des Gesetzes keinerlei Festsetzung für das Schulgesetz erfolgen soll, wurde angenommen, ebenso das Ersuchen an die Regierung, alle drei Jahre eine Denkschrift über die Entwicklung des Ordenswesens vorzulegen. — Darauf wurde die Kammer bis zum 7. Juli vertagt.

Parteinachrichten.

Zur Reichstagswahl für Labiau-Wehlan. Der Vorstand des christlichen Vereins der Fortschrittlichen Volkspartei erließ einen Aufruf an alle Kreise der Fortschrittlichen Volkspartei und an die Freunde der liberalen Entwicklung Deutschlands, worin er um tätigen Beistand im Wahlkampf um Labiau-Wehlan bittet. In dem von Stadtrat A. D. Duls, Stadtrat Dole-Königsberg, Reichstagsabg. Siehr-Insterburg und Chefredakteur Wistowitsch von der Königsberger „Hartungischen Zig.“ unterzeichneten Aufruf wird ausgeführt:

Als im Jahre 1910 die Fortschrittliche Volkspartei den damals scheidbar noch sozialdemokratischen Wahlkreis eroberte, durften nicht nur die Parteigenossen die Freude, sondern im ganzen Reich darauf stolz sein. Heute steht das Schicksal des Wahlkreises wieder zur Entscheidung und ebenso ausgiebig voll für den Liberalismus wie 1910. Bürgermeister Wagner, dessen Wahl damals im ganzen preussischen Preussland begehrten Beifall fand und bei der anderen Wähler in Labiau-Wehlan bekannt und beliebt ist wie kein anderer, hat sich der Partei abermals zur Verfügung gestellt, trotz der ihm von konserverativen Kreise berechneten Schwierigkeiten und Anfeindungen. Die Fortschrittliche Volkspartei wird im Wahlkreise selbstverständlich ihre ganze Kraft einbringen. Aber die Voraussetzung des Erfolges ist, daß uns die Freunde helfen gegenüber der gesamten Macht der konserverativen Partei, der in diesem Fall Wahlgewinn in veränderlicher Fülle aus den verschiedensten Quellen zufließen. In diesem kritischen Zeitpunkt darf der Liberalismus die befreiende Tat nicht verjähren: Mitarbeit und Hilfe für Labiau-Wehlan!

Wir vertrauen auf den Beistand unserer Parteiorganisationen ebenso wie Einzelmitglieder und der aufrichtig liberalen, weits- und kulturfreundlichen Zukunft. Die Beiträge für Labiau-Wehlan find entweder an Stadtrat A. D. Duls, Königsberg i. Pr., Schönstraße 6, oder an die „Hartungische Zeitung“ in Königsberg i. Pr. zu richten.

Ausland.

Die Lage in Albanien.

Rom, 30. Juni.

Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Durazzo von gestern abend 10 Uhr: Auf einen von dem gefangenen Amir Ben Isdam überbrachten Brief antworteten die Aufständischen in einem Briefe, der Gelangens möge sich in sein Kreuz ergeben; doch möge er sich beruhigen, da sein Leben durch Gefangensein, die sich bei ihm befänden, geschützt sei. Der Tag ist ruhig verlaufen. Alles ist zur Vertreibung fertig gemacht, da auf ihre Richtigkeit nicht nachzurufen die Meldung eingelaufen ist, daß die Aufständischen in der nächsten Nacht Durazzo angreifen würden.

Auswanderung britischer Untertanen aus Mexiko.

Newspost, 30. Juni.

Nach einem Telegramm aus Mexiko hat der britische Gesandte allen britischen Untertanen geraten, das Land zeitweilig zu verlassen. Der Gesandte soll der Meinung Ausdruck gegeben haben, daß der Verbleib von Seiten nach wegen Mangel an Heizungsmaterial einsteigen werden dürfte und daß es dann schwer sein würde, die Hilfe zu erreichen.

Der Schutz der britischen Ölquellen in Mesopotamien.

Im englischen Unterhause fragte Kapitän Faber: 1. ob wenn es erforderlich werden sollte, beabsichtigt sei, britische Truppen zur Verteidigung der Verteilung von Ölquellen nach Bagdad zu entsenden, obgleich es auf türkischem Gebiete liegt; 2. ob ein Teil des von der Regierung investierten Geldes zur Erhaltung dieses Akzels verwendet werden solle; 3. ob die türkische Petroleumgesellschaft die Abgrenzung der Ölquellen nach Bagdad kontrollieren solle angesichts der Tatsache, daß die britische Regierung ein überwiegendes Interesse in dieser Gesellschaft durch die englisch-persische Ölgesellschaft erwerbe; 4. ob die Shell Company und die Deutsche Bank Teilhaber an dem Unternehmen seien; 5. ob die Shell Company Eingang in Mesopotamien gefunden habe? Parlamentssekretär Cland erwiderte, die Antwort auf die beiden ersten Fragen lautet: Nein. Die Antwort auf die dritte Frage lautet: Nein, die türkische Petroleumgesellschaft kein Eigentum der englisch-persischen Ölgesellschaft zu kontrollieren hat. Soweit ich unterrichtet bin, soll von Chialurgh nach Bagdad keine Abgrenzung geleistet werden. Woher die britische Regierung, noch die englisch-persische Ölgesellschaft investiert oder beabsichtigt irgendwelche Gelder in der türkischen Petroleumgesellschaft zu investieren. Die vierte Frage ist zweideutig. Wenn sie sich auf die englisch-persische Ölgesellschaft bezieht, so kann ich sagen, daß weder die Shell Company noch irgendeine ihrer Tochtergesellschaften, noch die Deutsche Bank irgendeine Be-

teilung an ihr oder eine Kontrolle über sie hat. Wenn sie sich auf die türkische Petroleumgesellschaft bezieht, so muß ich es ablehnen, eine Erklärung abzugeben, bevor die jetzt in Konstantinopel schwebenden Verhandlungen abgeschlossen sind. Wenn dies geschehen ist, beabsichtige ich unter anderen Fragen, die den Gegenstand von Verhandlungen mit der ottomanischen Regierung bildeten, auch hierüber eine Erklärung abzugeben. Die fünfte Frage sollte an den Sekretär der Shell Company gerichtet werden.

Ueber die englisch-russische Konvention betreffs Persiens. Außenminister Grey, er wünscht nicht, daß sie ein Mittel werde, die Integrität und Unabhängigkeit Persiens weiter zu verringern. Die Regierung habe keine Änderung des englisch-russischen Abkommens vorgeschlagen; sie habe nur eine Beiprägung der Lage vorgeschlagen, die sich in gewisser Hinsicht zum Nachteil Englands entwickelt habe. Der Staatssekretär erklärte dann den neuen Plan der Schifffahrt auf dem Tigris und fuhr fort: Da wir die britischen Interessen im Persischen Golf wegen ein Abkommen mit Deutschland und der Türkei abgelehnt haben, verfolgen wir nicht die Politik, dem Bau der Bagdadbahn ein Hindernis in den Weg zu legen. Ich hoffe, in kurzer Frist diese Abkommen dem Parlament vorzulegen. Sobald dies geschehen ist, wird man, wie ich glaube, finden, daß viele der übenden Fragen eine vollständige Erklärung gefunden haben.

Wahlsitzung der derzeitigen im Spital Agew entlarzt, hat auf neue die Forderung an den russischen Militärminister Schidlowitsch gerichtet, Agew als früheren Führer der revolutionären Kampfororganisation zur gerichtlichen Verantwortung zu ziehen. In seinem Antrag gibt Burzew dreißig Attentate auf, die Agew in der Zeit von 1903 bis 1910 angezettelt und geleitet hat. Außerdem gibt Burzew an, daß Agew durch seine Verbindung mit dem Polizeidepartement dafür sorgte, daß die Mitglieder des revolutionären Zentralkomitees nicht verhaftet wurden, obgleich alle unter falschen Namen in Petersburg lebten und teilweise im Polizeidepartement aus und ein gingen. Diese Behauptung Burzew entpricht den Tatsachen.

Der Thüringische Hanjatag.

Dem sächsischen Hof am Sonntag in Greiz ein thüringischer Hanjatag gefolgt. In der öffentlichen Versammlung, die damit verbunden war, sprach Geheimrat Rießer über „Genwart und Zukunft des erwerbstätigen Bürgeriums.“ Dabei legte er über die zunächst entscheidenden, wirtschaftlichen Fragen:

„Der Hanjatag ist bereit, Industrie wie Landwirtschaft den nötigen Schutz zu gewähren unter entschiedener Ablehnung jeder Erhöhung der bestehenden Agrarzölle und des sogenannten lästigen Zolltarifs. Die Forderung von Einfuhrzöllen auf Butter, Milch, Gemüse usw., die eine weitere Verteuerung der Lebensmittel bringen würden, zeigt, daß der Bund der Landwirtschaft mit Worten ein Freund, mit Taten ein Gegner des Mittelstandes ist.“

Dann ging Rießer zur wiederholten Frage der Sammelungspolitik über, und wiederholte oder präzisierete frühere, programmatische Erklärungen, indem er ausführte:

„Der Gefahren, die von der Sozialdemokratie, der erbitterten Gegner des Bürgeriums, drohen, ließe man sich bewußt. Ihr wüßdetes Tun lasse die Frage einer Sammlung ihr gegenüber akut werden. Selbstverständlich unter zwei Voraussetzungen. Erstens: daß die Sozialdemokratie über die Art und das Ziel des Kampfes, und zweitens: daß sie bereit ist über die Politik, die nach dem Kampf und dem eventuell mit Hilfe des Bürgeriums erzielten Siege in Deutschland durchgeführt werden solle. Denn so wie 1813 bei dem Bürgerium nicht mehr, daß es sich von dem doppelte übermäßig gewordenen Sieger erst recht an die Wand brüchen lasse. Durch eine gerechte Politik seien die Ursachen zu beseitigen, die der Sozialdemokratie immer neue Ueberläufer aus dem Bürgerium zuführen. Aber auch ein anderes Programm als das vom Hanjatag in Köln aufgestellt, wolle man akzeptieren, wenn man es ohne die Freigabe der Grundlagen des Bundes. Ein solches Programm erwartete man. Das bloße Hurra aber sei kein Programm.“

„Endlich sprach sich Rießer auch über seine „Politik der mittleren Linie“ aus. Er sagte darüber, nach dem uns vorliegenden Bericht:

„Die mittlere Linie, die wir einhalten, ist nicht, wie ein Teil der Presse gesagt hat, ein parteipolitisches national-liberales Ding. Sie ist, wonach ich Gesetgebung, Verwaltung, jeder Beamte und jeder vermöglicher Mann im Staate zu richten haben, wenn man demwärts kommen will. Unerschütterlich wollen wir den Kampf nach zwei Fronten fortführen, gegen das Ueberagiertum und gegen die radikale Sozialdemokratie. Aber der Kampf ist nicht Endigend, sondern nur das Mittel zum Ziele, und dieses Ziel ist der Friede! Die Waffen nieder, wird es erst dann heißen können, wenn die überagrarische Herrschaft bei uns zu Ende ist, oder unser bisheriger Gegner einsehen muß, daß auf seinem Wege das Heil für das Vaterland nicht gesucht werden kann. Wir sind bereit, mit ihm zusammenzuarbeiten, wenn das Ziel des Hanjatages gewahrt bleibt, eine modernere und freihändlerische Entwicklung des Vaterlandes.“

Halle und Umgebung.

Halle, 1. Juli.

Sommerfest des Wahlkreisverbandes der Fortschrittlichen Volkspartei.

Eine vielhundertköpfige Menschenmenge hatte sich Sonntag nachmittags in dem schönen schattigen Garten des Gastwirths Wintergarten versammelt, um gemeinsam das alljährliche Sommerfest des Wahlkreises zu begehen. Aus Salza, Ammenborn, Nietleben und den sonstigen Orten des Saalkreises, ja selbst aus Weitzenfels und Bitterfeld, waren Gäste herbeigekommen. Und wahrlich, sie hatten es nicht zu bereuen! Der Aufenthalt unter den dichten, schattenspendenden Kastanien im Garten bei den rauschenden Klängen der Festmusik allein sollte erstliche nach der vorhergehenden heißen Tagen, und schon als der 1. Vorsitzende des Vereines der Fortschrittlichen Volkspartei

Main table containing financial data, stock prices, and market information. Includes columns for various stocks and their prices.